

Bielefeld-Ticket *kontra* Bielefeld-Pakt

DIE LINKE verlangt soziale Monatskarte für Bus und Bahn

von Günter Seib

Wo im „Bielefeld-Pakt“ alle Ratsparteien außer der LINKEN Ausgaben kürzen und quer über alle Lebensbereiche Gebühren und Abgaben erhöhen, verlangt DIE LINKE den sozialen Ausgleich. Als dringende Nothilfe sollen ALG-II-Berechtigte und Niedrigverdiener, die von der Rotstiftpolitik am heftigsten getroffen sind, künftig für pauschal 15 Euro monatlich Busse und Bahnen nutzen.

Die Summe entspricht dem Gesetz. Mehr ist als Regelsatz der Bundesre-

gierung in der Hilfe zum Lebensunterhalt nicht enthalten. Wer bisher sich selbst oder die Kinder dennoch mobil halten wollte, musste bei Essen und Kleidung abknapsen. Schon wegen der neuen Mehrbelastung durch Umlegung der Grundsteuererhöhung auf Miete, durch erhöhte Gebühren und Zusatzbeiträge ist hier das Zumutbare längst überschritten.

Das Bielefeld-Ticket rechnet sich

Das Bielefeld-Ticket ist kein Almosen, im Gegenteil. Es gewinnt Fahrgäste hinzu, die bisher von der

regelmäßigen Nutzung von Bus und Bahn ausge-

sperrt sind. Mobiel verlängert derzeit Bahnsteige, weil es bis 2020 die Nutzerzahlen verdoppeln will. Höhere Auslastung aber geht nur mit über 40.000 neuen Pauschalnutzern, die bisher wegen der für sie viel zu teuren Tickets nicht dauerhaft als Fahrgäste mobilisiert werden konnten. Sammelabrechnung mit der Stadt, wie beim Semesterticket mit der

Uni, würde den Aufwand enorm verbilligen.

Das Bielefeld-Ticket ist nicht teurer, sondern pro Beförderungsfall kostengünstiger als eine Einzelmonatskarte im Großkundenabonnement, und drastisch billiger als die Bargeldfahrtscheine, auf welche die ohnehin Benachteiligten immer noch angewiesen sind.

Mehr INFO:

www.dielinke-bielefeld.de



Die Ratsfraktion der LINKEN demonstriert für das Bielefeld-Ticket v.l.n.r.: Barbara Schmidt, Onur Ocak, Ayhan Ilgün, Dr. Dirk Schmitz

Bielefeld anlaşmasına karşı Bielefeld sosyal bileti

Sol Parti otobüs ve tramvay için aylık sosyal kart önergesi verti-
Günter Seib

Sol Parti hariç meclisde bulunan tüm partiler yaşam olanaklarını kısıtlarken, Sol Parti buna karşı önerge vererek sosyal seviyenin denkleşmesi için çabıyor.

Soruyoruz nerede kaldı „Bielefeld anlaşması“?

Hükümetin kısıtlama politikasından en çok etkilenenler zorunlu yardım alan ALG-II ve az geliri olanlar oluşturuyor. Bu insanlara otobüs ve tramvay için 15 €'luk aylık bilet verilmeli. Devletin yardım paketi içinde bir çok ihtiyaç bulunmuyor. Kim şimdiye kadar kendisi yada çocukları için ulaşımı kullanmak istiyorsa, yemeğinden ve yakıttan kısmak zorunda. Kira, temel vergi ve harcamaların yükselmesi daha fazla yük anlamına geliyor. ➔

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt fordert Arbeitsdienst bei Hartz IV

In der jüngsten Debatte um die Arbeitspflicht bei Hartz IV will Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nicht akzeptieren, „dass jemand ohne nachvollziehbaren Grund nicht oder nur wenige Stunden arbeitet, obwohl er mehr arbeiten könnte“. Und er findet, dass „für staatliche Leistungen der Grundsicherung auch eine Gegenleistung erbracht werden müsse.“

Aber wer „weniger arbeitet“ als er könnte, hat dafür einen nachvollziehbaren Grund – schließlich wurden Arbeitsplätze vernichtet, und zwar millionenfach.

Doch Hundt fordert für staatliche Grundsicherung eine „Gegenleistung“. Nur, wie soll das aussehen? Lässt der Staat seine Bürger ohne Lohn für sich arbeiten - oder bietet Hundt sie privaten Unternehmen ➔

Armer Mann und reicher Mann
standen da und sahen sich an.
Und der Arme sagte bleich:
„Wär ich nicht arm,
wärest Du nicht reich.“
Berthold Brecht

Fortsetzung von Seite 1

an, als Arbeitskräfte für umsonst? Wie Arbeitsklaven! Und der bisherigen Belegschaft wird gekündigt?

Es fehlt nicht an Arbeitsbereitschaft - es fehlt an Arbeitsplätzen!

Unser Grundgesetz garantiert die freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz. Nur im Rahmen einer herkömmlichen öffentlichen Dienstleistungspflicht, die allgemein und für alle gleich ist, können Arbeiten angeordnet werden.

Artikel 12 Grundgesetz

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Aber was bezwecken Hundt & Co oder Roland Koch (CDU), der hessische Ministerpräsident?

Sie wollen Arbeitslöhne aushebeln! Sie wollen einen immensen Druck, um Tariflöhne senken und abschaffen zu können. Hartz IV soll Angst machen. Und allen, die sich widersetzen und Niedriglohnarbeit ablehnen, soll mit ALG-II-Sanktionen die Lebensgrundlage entzogen werden.

DIE LINKE. Bielefeld, Arbeitskreis Hartz IV

Fortsetzung von Seite 1

➔ Bielefeld sosyal bileti daha hesaplı

Bielefeld sosyal bilet aksine sadaka değildir. Mobil tramvay hatlarını çoğaltarak 2020ye kadar yolcu sayısını iki katına çıkarmak istiyor. Diğer taraftan düzenli otobüs ve tramvayla yolculuk yapan geliri düşük insanlar bilet almakta zorlandıkları için aynı zamanda dışlanıyorlar. Yardım alanların harcamaları hesaplanarak, nasıl Üniversite öğrencileri ucuza bilet alıyorsa bu tarz bir yöntemle yardım alanlarada uygun bir fiyat olmalı.



Regelstudienzeit und Studiengebühren

»Ich muss halt nebenher arbeiten«

Interview mit Sina Hannig

In „Bielefeld heute“ stand vor kurzem die Schlagzeile „Mit Vollgas in das Uni-Leben“. Kommt bei dir auch so eine Begeisterung auf, wenn du an das Studium denkst?

Nein. Ich fühle mich durch die Regelstudienzeit sehr unter Druck gesetzt. Klar, wir müssen da durch hetzen durch das Uni-Leben. Wir müssen unser Regelstudium in 6 Semestern beenden. Wenn man nebenbei arbeiten muss, dann kann man schon sagen, man muss durch das Studium mit Vollgas hindurch. Und dann kommen noch die finanziellen Belastungen dazu, sprich jedes Semester 350 € Studiengebühren plus 198 € Sozialbeitrag.

Du bist über den Zweiten Bildungsweg an die Uni gekommen. Wie wirkt sich das finanziell für dich aus?

Jetzt bekomme ich 640 Euro Bafög. Davon muss ich meine Krankenkasse bezahlen, etwa 70 Euro.

Ich muss nebenher 12-13 Stunden die Woche arbeiten. Häufig muss ich meine Uni-Arbeiten mitten in der Nacht schreiben.

Nehmen die Professoren Rücksicht darauf, dass viele Studenten nebenher arbeiten müssen?

In der Regel nicht. Der größte Teil der Professoren nimmt da gar keine Rücksicht drauf. Die kennen das wahrscheinlich aus dem eigenen Leben nicht. Aber ich muss halt arbeiten. Durch die Arbeitszeiten und Belastungen schaffe ich manchmal die Hausarbeiten nicht rechtzeitig. Meistens sagen die Dozenten dann: „Arbeit ist für mich keine Begründung, die Hausarbeit später einzureichen.“

Geht es vielen Studierenden so wie dir?

Die meisten trauen sich gar nicht zu sagen, wie schlecht es ihnen finanziell geht. Aber von den Leuten, die mit mir auf dem Zweiten Bildungsweg

Abitur gemacht haben, von denen haben schon sehr viele wieder aufgehört zu studieren. Die konnten sich das finanziell einfach nicht leisten.

Was erwartest du von der Landtagswahl am 9. Mai?

Dass Schwarz-Gelb abgewählt wird und es im Landtag von NRW nach der Neuwahl wie in Hessen eine Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gibt.

Das Interview führte
Heinz Willemsen



Ausbildungsnotstand in Bielefeld

Womit der Ausbildungsverein BAJ zugrunde gerichtet wird

Im Dezember 2009 waren in Bielefeld 1.971 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Darunter 667 bereits länger als 6 Monate.

Viele Familien kennen die Schwierigkeiten, eine Lehrstelle für ihr Kind zu finden. Im Wettrennen um eine Lehrstelle haben insbesondere Jugendliche mit schulischen und sozialen Problemen keine Chance. Es ist die Pflicht der Stadt Bielefeld, sich auch um ihre jungen Bürger zu kümmern. Der Verein BAJ, eine Einrichtung der „Jugendberufshilfe“, versucht mit Unterstützung der Stadt diesen Jugendlichen eine vertiefende Berufsorientierung, eine Berufsvorbereitung und eine

vollqualifizierende Ausbildung zu geben. Er hat in seiner 25jährigen Tätigkeit tausende von Jugendlichen beruflich qualifiziert. Aktuell bietet er mehr als 500 Qualifizierungsplätze an. 100 Ausbilder, Lehrer und Sozialarbeiter betreuen die Jugendlichen.

Denn Menschen, die arbeiten und Steuern bezahlen, sind auch für das „Stadtsäckel“ besser als zukünftige Bezieher von Hartz IV.

Diese gute Arbeit ist nun gefährdet!

Kollege Jonas Winkler:

„Zur Arbeit mit jungen Menschen im BAJ gehört viel Geduld und Kraft. Umso mehr freut es mich als Lehrer, wenn sie trotz allen Schwierigkeiten und Umwegen ihren Abschluss geschafft haben und ihren Platz in der Gesellschaft finden. Gespart wird schon viel zu viel an denen, die unsere Zukunft sein werden.“



Ehemalige Auszubildende Ines Seven:

„Das BAJ? Besonders wichtig war dabei für mich die Arbeit in einer Ausbildungsgruppe und der Meister. Sie haben mir geholfen, meinen Weg in die Arbeitswelt zu finden. Heute bin ich selbstständig mit einem handwerklichen Betrieb.“



Die angebotenen Maßnahmen des BAJ werden „am Markt wettbewerblich ausgeschrieben“. Der günstigste Anbieter bekommt den Zuschlag. Niemand käme z.B. auf die Idee, Lehrstellen an Schulen auszuschriften und den „billigsten“ Lehrer dann einzustellen.

Die Folge ist, dass Arbeitgeber zunehmend Arbeitsverträge befristeten, Honorar-Kräfte einstellen, Teilzeitverträge anbieten – an Berufsschultagen und zu Unterrichtszeiten wird der Ausbilder „nicht gebraucht“.

Mit dem Scheinargument: „Sie wollen doch auch,

dass wir die Ausschreibung gewinnen“, werden Beschäftigten Lohnkürzungen abgepresst. So verzichten z.B. die Beschäftigten des Vereins BAJ auf die Jahressonderzahlungen (früher Weihnachts-, Urlaubsgeld: - 8 %) und seit 2005 auf die halben tariflichen Erhöhungen (- 4 %).

In den Jahren 2010 – 2012 sollen weitere drastische Lohnkürzungen folgen!

Dass die Beschäftigten des BAJ damit möglicherweise den Eisbrecher spielen sollen für Lohnkürzungen bei der Stadt, daran denkt nur ein Schelm.

Zusätzlich will die Stadt ihren Zuschuss bis Ende 2012 auf Null zurückfahren. Schon jetzt liegt eine alleinerziehende Mutter, mit 2 Kindern, bei einer Vollzeitstelle, mit Einstiegsgehalt (TVöD EG 9 Stufe 2) nur ca. 170 € über den Hartz-IV-Sätzen. Viele Honorarkräfte leben in einer vergleichbaren Situation.

Gute Ausbildung hat ihren Preis. Dem Lohnraub bei den Beschäftigten des BAJ muss ein Ende bereitet werden.

Hans-Dietmar Hölscher

LESERQUIZ!

Ist nur DIE LINKE verfassungstreu?

Riesengezeter über das Programm der LINKEN für die Landtagswahl in NRW. CDU und FDP fielen über uns her, weil wir die Energiekonzerne in öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum überführen wollen. In der Dezemberausgabe hatten wir unsere Leser in einem Quiz gefragt:

Wo findet sich folgender Text?

- (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.**
- (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.**

Falsch, nicht im Kommunistischen Manifest von 1848. Auch nicht im Landtagswahlprogramm der LINKEN von 2010.

Richtig: In der Verfassung von NRW von 1947. 63 Jahre später zitiert nur noch DIE LINKE Artikel 25: „Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“ Besonders aktuell ist unsere Verfassungstreue zum Mindestlohn dort: „Der Lohn muss ... den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken.“

Ja, wer auf unsere Webseite www.dielinke-bielefeld.de klickt, ist direkt mit der Verfassung verlinkt.

Ob das auch bei CDU, SPD, GRÜNEN oder Freier-Mövenpick-Partei der Fall ist? Oder betreiben den Schutz der Verfassung etwa nur wir?



Internationaler Frauentag 2010

Was gibt's am 8. März?

Vor 35 Jahren erklärte die UNO den 8. März zum „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“. Seitdem gehen die Forderungen der Frauen in jedem Jahr auf die aktuelle politische Lage ein. Es ging um Kampf gegen Diskriminierung, gegen (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen, gegen das Armutsrisiko von Alleinerziehenden, gegen Altersarmut bei Rentnerinnen. Es wird mobilisiert für Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, Erhöhung der Chancen von Frauen in Politik und Wirtschaft, für das Recht auf ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt.

Demo durch die Bielefelder Innenstadt
Wir gehen auf die Straße: „Jetzt erst recht, eigenständige Existenzsicherung für Frauen!“

DEMO-TREFF:
um 17.00 Uhr ab Kronenplatz (am Brunnen vor C&A)

Abendveranstaltung

ab ca. 18.30 Uhr im Foyer des „Theaterlabor im Tor 6“, Hermann-Kleinewächter-Straße 4, Bielefeld

Mit: Ute Herkströter - IG Metall Bielefeld
Anschließend netzwerken mit DJane „Meise“

Moderation: Petra Uecker
(DGB-Regionsfrauen Ostwestfalen/Bielefeld)

Ayhan Ilgun
(Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.)

Eine Veranstaltung der DGB-Frauen Bielefeld/ Gütersloh und des Bundesverbandes der Migrantinnen in Deutschland e.V.

Termine im März 2010

im Büro der LINKEN, August-Bebel-Straße 126

- Mo. 08.03.10/22.03.10 | 19.30 Uhr
Lese- und Diskussionszirkel zur
Programmatik linker/sozialistischer Parteien
- Di. 09.03.10/23.03.10 | 19.30 Uhr
AK Wirtschafts- u. Sozialpolitik
- Mi. 10.03.10/24.03.10 | 17.00 Uhr
AK Hartz IV
- So. 14.03.10/28.03.10 | 11-13 Uhr
Offenes Sonntagstreffen für Mitglieder
und Interessierte
- Di. 16.03.10 | 19.00 Uhr
AK Umwelt, Energie, Verkehr
- Mi. 17.03.10 | 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung, einmalig im Kurdis-
tanzentrum, Herbert-Hinnendahl-Str. 11a
- Fr. 30.04.10 | 19.30 Uhr
MAI-FEST, IBZ, Teutoburger Str. 106

DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:
Fon und Fax: 0521.86 6 11 - info@dielinke-bielefeld.de
Internet: www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126

Krieg in Afghanistan

Holt unsere Soldaten nach Hause!

„Nichts ist gut in Afghanistan.“ Nach acht Jahren Krieg hat die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Margot Käßmann der großen Mehrheit in diesem Land eine Stimme gegeben. Von den etablierten Parteien hagelte es Schmähkritik. Der Vorsitzende der grünen Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, durfte in Springer's konservativer „WELT“ über

die Bischöfin herfallen. Kein Wunder. Schließlich hat ROT-GRÜN 2001 wieder deutsche Soldaten in den Krieg geschickt. Nach Kunduz-Affäre und Jung-Rücktritt ist es offenkundig: In Afghanistan sorgt die Bundeswehr nicht dafür, dass Mädchen zur Schule gehen können. Sie kämpft dort für eine Regierung aus Kriegshäuptlingen und Drogenbaronen. Ihr Gegner in diesem Krieg wird immer mehr die Zivilbevölkerung.

Kaum ein Verantwortlicher glaubt noch, dass er zu gewinnen ist. Jeder weitere Monat in Afghanistan soll nur das Gesicht der NATO wahren und stärkt die Taliban. Und die grausame Erklärung des Obristen Klein von der „Vernichtung des Gegners“ erinnert die Welt an die Verbrechen der Wehrmacht. Nichts ist gut in Afghanistan.

Die Mehrheit der Deutschen will den Abzug. Trotzdem stockten Merkel und Westerwelle am 10. Februar die Bundeswehr am Hindukusch auf 5.350 Soldaten auf. Auch SPD und GRÜNE ignorieren den Willen der Bevölkerung. Nur DIE LINKE fordert: „Holt unsere Soldaten endlich zurück nach Hause!“

Heinz Willemsen



Impressum: V.i.S.d.P.: Die Linke, Bielefeld, Brigitte Steitze, August-Bebel-Straße 126, 33602 Bielefeld

OB Clausen: „Es wird in allen Winkeln des Rathauses Knirschen und Knarschen“

Lauter Kürzungen und Gebührenerhöhungen

Wachstumsbeschleunigungsgesetz schlägt negativ auf die Stadt durch

von Barbara Schmidt

Im Stadthaushalt klafft ein Loch von 144 Millionen, geschätzt für 2009. Im Jahr 2010 fehlt noch mehr. Oberbürgermeister Clausen (SPD) will das Haushaltsloch durch höhere Einnahmen und Kürzung von Ausgaben stopfen. Als erstes sollen Grundsteuer, Gebühren für Musik- und Volkshochschule, Parktickets und Entgelte für Sport, Theater und Museen teurer werden. Ungefähr 7

Millionen Euro sollen so aus den Taschen der Bielefelder zusätzlich in die Stadtkasse fließen.

Hauptursache des Haushaltslochs sind sinkende Einnahmen, an denen nur zum Teil die Wirtschaftskrise Schuld ist. Seit Oktober 2008 hat die schwarz-rote Bundesregierung eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden auf Dauer verringern. (siehe www.dielinke-bielefeld.de)

Gebührenerhöhungen finanzieren die Geschenke an die Reichen

Die für 2010 in einem ersten Schritt zum Haushaltsausgleich in Bielefeld geplanten Gebührenerhöhungen von 7 Millionen Euro sind bereits weg. Aufgefressen wurde sie durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ von Schwarzgelb, das am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist. Diese Besserstellung

von Erben, Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtung und die Senkung von Unternehmensteuern kostet allein die Stadt Bielefeld auf Dauer mehr als 8 Millionen Euro pro Jahr.

Nicht nur DIE LINKE bezeichnet dieses Gesetz als reine Bedienung von Klienten. Es schaufelt noch mehr Steuergelder zu Betuchten, die damit die Spekulation auf den Finanzmärkten beschleunigen dürfen.

Das kann keine Kommune mehr verkraften. Wir Bielefelder müssen uns wehren, anstatt brav jede Gesetzesvorgabe aus Berlin zu Gunsten der Reichen und zu Lasten der städtischen Substanz zu vollstrecken. Das Geld für die unerlässlichen sozialen Aufgaben fehlt keineswegs – es fließt nur in die falschen Taschen.



Barbara Schmidt ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bielefelder Stadtrat

Leistungsverträge in Bielefeld laufen dieses Jahr aus

Nach der Landtagswahl: Sozialer Kahlschlag

Ein großer Teil der sozialen Leistungen werden nicht von der Stadt selbst, sondern von Wohlfahrtsverbänden und gemeinnützigen Vereinen erbracht. Ob Freizeitzentren und Jugendheime, die sozialen Treffs der AWO und das Mädchenhaus: das Geld für Räume und Personal kommt vor allem aus der Stadtkasse. Über alle Leistungen dieser Einrichtungen bestehen

mehrjährige Verträge – und die laufen 2010 aus. Die Horrormeldungen über die Stadtfinanzen schüren auch bei Caritas oder Rotem Kreuz, Mädchenhaus oder Bürgerwache die Angst, dass ihnen massive Kürzungen zugemutet werden. In vielen Vereinen und Verbänden ist das städtische Geld aber nur organisatorisches Gerüst. Die Hauptarbeit wird ehren-

amtlich geleistet – also unbezahlt. Als 2003 die Stadt das erste Mal unter Nothaushaltsrecht stand, wurden auch den Sozial Einrichtungen Opfer abverlangt. Es gibt keinerlei Reserven, von denen sie abgeben können. Schon jetzt ist beispielsweise die von allen PolitikerInnen hochgeschätzte Arbeit des Mädchenhauses nur über laufende Spendenkampagnen finanzier-

bar. Aber auch diese Quelle versiegt – vor allem dann, wenn immer mehr Einrichtungen um Spenden betteln müssen. Wir meinen, diese Vereine und Verbände haben es nicht verdient, dass ihr Engagement bestraft wird. Dieses reiche Land muss die finanziellen Mittel für notwendige soziale Leistungen und für soziales Engagement aufbringen. DIE LINKE im Rat wird keinen

Kürzungen der Leistungsverträge zustimmen.



Ayhan Ilgün

Tempo 30 ist besser für den Bielefelder Westen

Die beiden Bezirksvertreter der LINKEN in Mitte unterstützen, was die Anwohner der Dornberger Straße fordern: Die Begrenzung der Geschwindigkeit auf Tempo 30. Für Peter Ridder-Wilkens, Fraktionssprecher in der Bezirksvertretung, wäre das ein guter Anfang. „Wir fordern Tempo 30

für den gesamten Bielefelder Westen, als Modellprojekt einer anderen Verkehrspolitik für das ganze Quartier zwischen Goldbach und Voltmannstraße, zwischen Jöllenbecker- und Stapenhorststraße.“ Friedrich Straetmanns, sein Fraktionskollege, ergänzt: „Wir brauchen

eine andere Verkehrspolitik, die Lebensqualität muss besser werden. Wir brauchen größere Sicherheit für Kinder und ältere Menschen, Fußgänger und Radfahrer. Das Tempolimit senkt zugleich Lärm, Feinstaub und CO²-Aufkommen. Das sollte Bielefeld einen Versuch wert sein.“



EINLADUNG

zur Gründung einer Initiative
„Tempo 30 im Bielefelder Westen“

10. März (Mittwoch) 2010 19.30 Uhr
Bürgerwache Siegfriedplatz

Peter Ridder-Wilkens · Friedrich Straetmanns
Bezirksvertreter
der LINKEN in Mitte



DIE LINKE. im Rat

Linksfraktion im Rat lehnt Kürzung der Altersteilzeit für Beamte ab:

Keine Kürzungen auf Kosten der Beschäftigten!

Auf der Ratssitzung am 28. Januar 2010 beschlossen CDU, Grüne, SPD, BfB und FDP eine Änderung der Altersteilzeit-Regelung von 55 auf 60 Jahre für Beamte der Stadt. Leistungsprämien für Beamte werden nicht mehr gezahlt.

Die LINKE hat als einzige Fraktion geschlossen gegen diese Sozialkürzungen gestimmt!

„Wir finden es absolut ungerechtfertigt, den Beamtinnen und Beamten diese

tariflich erkämpfte Leistung einfach zu streichen“, erklärt Barbara Schmidt, Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Finanz- und Personalausschuss des Rates. „Als erstes sollen wieder Beschäftigte für die Sanierung des Haushaltes bluten, die keine Schuld an der finanziellen Misere der Stadt haben.“ Es scheint dem Herrn Oberbürgermeister und der Mehrheit im Rat die billigste Lösung, auf Kosten derjenigen, die sich nicht wehren dürfen, die angekündigte Kürzungsorgie einzuleiten.

Beamte werden doppelt bestraft

DIE LINKE erinnert daran, dass Beamte schon seit einigen Jahren zwei Stunden wöchentlich mehr arbeiten müssen als die anderen Beschäftigten der Stadt. In Stellenanteile umgerechnet bedeutet diese Mehrarbeit pro Jahr und Person ein halbes Monatsgehalt. Entsprechend wurde der Stellenplan des Rathauses im Jahr 2008 um 16 Stellen gekürzt. „An den Schlagzeilen der letzten Woche sehen wir, wie leicht es ist, Beamte als

privilegiert und quasi Schmarotzer hinzustellen“ erläutert Barbara Schmidt weiter. „Wir halten das für billigen Populismus. Für die Folgen der Krise müssen die bezahlen, die sie verursacht haben. Wir treten dafür ein, dass diejenigen belastet werden, die auch das Geld haben und denen es nicht weh tut.“

**Presseerklärung
Ratsfraktion DIE LINKE**

Diesen Politiker können wir uns sparen!



CDU-Fraktionsvorsitzender Rainer Lux will wichtigste Gemeindesteuer abschaffen

In der November-sitzung des Stadtrates reagierte der CDU-Mann Rainer Lux auf die schrumpfenden der Einnahmen aus Gewerbesteuer dreist mit dem Vor-

schlag, die Steuer doch gleich ganz abzuschaffen.

Das würde der CDU und ihren Klienten wohl so passen. Erst kürzen Bundestagsmehrheiten die Gewerbesteuer der Unternehmer an die Gemeinden nacheinander auf einen Rest zusammen. Weil der dann nicht mehr reicht, ist das logische nächste Geschenk an das Kapital, diese Steuer, bisher wichtigste Einnahme der Kommunen, komplett zu streichen.

Lux gegen Präsidentin des Deutschen Städtetages

Lux steht mit seinem Vorschlag auch gegen

die Oberbürgermeisterin von Frankfurt und Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth (CDU).

Diese forderte anlässlich der jüngsten "Steuerentlastungen" für Unternehmen zu Beginn dieses Jahres Bundeskanzlerin Merkel (CDU) auf, ihr Wort zu halten. Vor einem Jahr hatte Merkel versprochen, die Gewerbesteuer nicht anzutasten. Roth erklärte, die Gewerbesteuer sei nicht nur die wichtigste städtische Steuer, sondern auch eine gute Steuer.

Lux, „kommunalpolitischer Sprecher“ der CDU-Landtagsfraktion, sollte sich mangels Kompetenz besser nach einer anderen Funktion umsehen. Einen Bock als Gärtner kann sich Bielefeld nicht leisten. Er kandidiert erneut für den Landtag, aber wir Bielefelder sollten ihn uns sparen.

Barbara Schmidt



Zwischenruf:

Krisenmanagement mit System

Viele Menschen wundern sich, wenn Politiker in Regierungsverantwortung für Zockerbanken riesige Schuldenberge auftürmen, gleichzeitig aber Steuern, also Einnahmen senken und obendrein per Verfassungsänderung eine „Schuldenbremse“ einführen. Dass passt irgendwie nicht zusammen, denken viele, das ist doch ein Widerspruch! Nein, für die etablierten Parteien und Politiker, die unseren Staat zusammenschrumpfen und sein Vermögen an das Kapital verramschen, hat das Ganze Logik. So schaffen sie „Sachzwänge“ auf allen staatlichen Ebenen: Sobald kein Geld mehr für die unerlässlichen Aufgaben in Bildung, Sozialem und Kultur in öffentlichen Kassen ist, muss die öffentliche Hand alles veräußern, was nicht niet- und nagelfest ist.

Bundesbahn, Post, Sozialwohnungen, Verwaltungsgebäude: Erwerben dürfen genau dieselben Millionäre, deren Kassen zuvor durch Steuergeschenke gefüllt wurden. Gewinne sind garantiert. Preise und Gebühren für Leistun-

gen der Daseinsvorsorge steigen, weil Normalbürger nicht darauf verzichten können. Stadträte, Landtage und Bundestag können nichts mehr entscheiden und werden zu Sandkästen und Spielwiesen.

Was oberflächlich wie miserables Krisenmanagement aussieht, ist in Wirklichkeit zielgerichtetes Handeln für marktradikale Interessen. Dagegen müssen wir uns alle wehren. Geld ist im Überfluss vorhanden, es vagabundiert nur auf den falschen Konten.



Dr. Dirk Schmitz

Heeper CDU gegen sofortige Barrierefreiheit in Sportstätten

In Bielefeld ist es für Behinderte und Senioren oft unmöglich, Sportstätten zu besuchen. Bei vielen ist der Eingangsbereich nicht barrierefrei und behindertengerecht.

Der Bielefelder Beirat für Behindertenfragen hat sich letztes Jahr mit der Barrierefreiheit an Schulen und Amtsgebäuden befasst und eine umfangreiche Vorrangliste verabschiedet.

An Sportstätten hat dabei offenbar keiner gedacht. Immer noch ist es für ältere und behinderte Menschen praktisch unmöglich, in Sportstätten hineinzukommen, etwa um ihre Kinder und Enkel anzufeuern.

Darum hat DIE LINKE in der Bezirksvertretung Heepen beantragt, die

Eingangsbereiche der Heeper Sportstätten so umzubauen, dass alle Besucher ohne Hilfe hineinkommen.

Die CDU war dagegen. Als „Kompromiss“ wurde einstimmig beschlossen, bei „notwendigen Maßnahmen“ (Neubau, Anbau, Umbau und Sanierungen) künftig Barrierefreiheit zu schaffen.



Bernd Schatschneider ist in der Bezirksvertretung Heepen

„HaKoRu!“ – und schon herrscht Ruh‘

Geheimer Rat brütet über Belastungen für BielefelderInnen

Zwecks reibungsloser Vollstreckung des „Bielefeld-Pakts“ hat sich der Oberbürgermeister ein Geheimekabinett geschaffen, über dem Stadtrat und an der Gemeindeordnung vorbei. Es heißt „Haushaltskonsolidierungsrunde“

(HaKoRu). Unsoziale Grausamkeiten werden nicht länger öffentlich im Rat erörtert (huch, da könnten die Betroffenen ja zuhören wollen), sondern diskret im stillen Kämmerlein. Die traute Runde beschließt stellvertretend

mit Mehrheit, 62 der 66 Ratsmitglieder dürfen hinterher abnicken. Geheime Räte und -innen sind Auserwählte und Selbsternannte von GRÜNEN, SPD, CDU, FDP und BfB. Selbst die „Bürgernähe“ macht mit. Das Ergebnis steht

vorher fest: 40 Millionen Euro sollen in aller Stille durch Kürzungen und Gebührenerhöhungen von der Bevölkerung hereingeholt werden. Dabei wird es kaum bleiben. „Der jährliche Fehlbetrag wird in den Jahren 2009 bis 2014 jeweils 150 Millionen Euro übersteigen“ Alle Geheimnisträger haben sich einvernehmlich einen Maulkorb verpasst: „Die Diskussionen in der HaKoRu sind vertraulich.“ Die vier Ratsmitglieder

der LINKEN beteiligen sich nicht an solchen Machenschaften. Sie werden im Gegenteil die unsozialen Grausamkeiten offen legen.



Onur Ocak

Büro der Ratsfraktion DIE LINKE

Altes Rathaus, Erdgeschoss

Öffnungszeiten:

Montag - Donnerstag, 10.00 - 16.00 Uhr

Freitag, 10.00 - 13.00 Uhr

Telefon: 0521-515080

E-Mail: die.linke@bielefeld.de

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

Altes Rathaus
33657 Bielefeld
Telefon 0521 / 5150 80
Telefax 0521 / 51 81 10

DIE LINKE ist solidarisch mit Beschäftigten im öffentlichen Dienst

In der Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber auch beim zweiten Verhandlungstermin am 30.1. und 1.2. kein Angebot vorgelegt. Stattdessen bezeichnet Bundesinnenminister Thomas de Maiziere die Forderung der Gewerkschaften im Gesamtvolumen von 5% als maßlos. DIE LINKE begrüßt die Forderungen der Beschäftigten nach höheren Löhnen und ist solidarisch mit den Warnstreiks der Beschäftigten.

Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für eine solidarische Gesellschaft. Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind immer nur so gut wie das Personal, das sie einbringt. Fachliche Kompetenz und angemessene Bezahlung sind dabei entscheidend. Auch die Durchsetzung der Forderung der Gewerkschaft zur Weiterführung der Altersteilzeitregelung und der Übernahmegarantie für Auszubildende haben positive Auswirkungen auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen. In der Wirtschaftskrise wäre Lohnzurückhaltung eine fatale konjunkturelle Entscheidung. Notwendig ist dagegen eine Stärkung der Binnennachfrage. Das geht aber nicht mit Steuergeschenken an die Besserverdienenden, wie es die Bundesregierung vorgibt. Das ist völlig unsozial und schafft kein Wirtschaftswachstum.

Mit einer Umverteilung von unten nach oben sollen die Kommunen gezwungen werden, den Sozialabbau der Bundesregierung zu vollziehen. Dies ist auch in der aktuellen Auseinandersetzung in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Fall. Lohnzurückhaltung kann die Probleme der unterfinanzierten Haushalte nicht lösen. Stattdessen brauchen wir eine Steuerpolitik, mit der auch die Finanzbasis der Kommunen gestärkt wird. Wir setzen uns für die Umverteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft ein, damit eine den Aufgaben gerechte und angemessene Finanzierung der kommunalen Haushalte ermöglicht wird.

Bielefeld, den 4. Februar 2010

Barbara Schmidt

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende



Kundgebung der Streikenden des Öffentlichen Dienstes auf dem Rathausplatz am 4.2.2010

Impressum: V.i.S.d.P.: Die Linke, Ratsfraktion Bielefeld, Barbara Schmidt, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld